

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,60 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Feste- und Belegblätterpreise sind pro Seite 25 Pf. — Geschäftsbriefe werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Franz Volzow; Druck: S. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bonn, Wilmshausenstraße 38-42, Telefon-Nr. 98 u. 89, Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bonn.

Der Krieg geht weiter.

Das ist der traurige Schluß aus der gemeinsamen Antwort, welche die Regierungsvertreter Rußlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und ihrer kleineren Verbündeten auf das Friedensangebot der Mittelmächte gegeben haben. Man kann zwar die Antwort, wie es einige nicht kriegswütige Zeitungen auch selbst in Großbritannien tun, nicht als „unbedingt ablehnend“ betrachten, und es ist tatsächlich möglich, daß sie wenigstens von einem Teil der Antwortverfasser nicht als das „Zuschlagen der Tür“ aufgefaßt wird. Aber in der langen Antwortnote ist doch ein so schroffer, ja beleidigender Ton angeschlagen worden, sind wieder die schwersten Anschuldigungen gegen den angeblichen „Weltfriedensförderer“ Deutschland erhoben und werden solche „Behauptungen“ gestellt, daß schon ein sehr starker Glaube dazu gehört, auf den ehrlichen Willen der maßgebenden Antwortverfasser, mit Deutschland schon bald einen ehrenhaften Frieden zu schließen, zu vertrauen. Das Blutvergießen soll also weiter gehen! Wie lange denn noch?

In der Antwortnote und noch viel krasser in der kriegsheterischen Auslandspresse wird gesagt, das deutsche Friedensangebot sei ein unehrliches „Mandor“, das „Kriegsziel“ der Mittelmächte sei nicht deutlich ausgesprochen. Demgegenüber sei festgestellt, was zunächst der deutsche Reichskanzler am 9. November 1916 im Reichstagsauschuß ausdrücklich erklärte. Dort sagte Herr von Bethmann-Hollweg:

„Das deutsche Volk führt diesen Krieg als Verteidigungskrieg zur Sicherung seines nationalen Daseins und seiner freien Fortentwicklung. Niemand ist etwas anderes von uns beabsichtigt, etwas anderes gefordert worden. Wie ließe sich auch sonst die Entfaltung von Riesenkraften, dieser unerzählplichen, zum Leben entschlossenen Opfermut erklären, der unerhört ist in aller Menschengeschichte?“

Und hinsichtlich Belgiens, dessen Wiederherstellung in der Antwortnote der Ententemächte wieder eine bedeutende Rolle spielt, jagte der Reichskanzler, daß er

„bei der Bezeichnung unserer Kriegsziele die Annexion Belgiens niemals als unsere Absicht bezeichnet“ habe!

Deutlicher kann man sich nicht ausdrücken. Nicht auf das, was bestimmte politische Gruppen oder die von ihnen abhängigen Zeitungen über die angeblich „notwendigen Annexionen“ verlauten lassen, kommt es an; anders müssen wir annehmen, daß die ausschweifendsten feindlichen Anexionspolitik, die von einer völligen Zerstückelung Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und der Türkei reden und schreiben, berechtigt wären, sich im Namen „ihrer Völker“ zu äußern. Davon kann aber auch keine Rede sein.

Auf welcher Grundlage sich Deutschland und seine Verbündeten den Friedensabschluß vorstellen, das ist in ihrem am 12. Dezember 1916 der Welt kundgemachten Angebot von Friedensverhandlungen mit folgenden Worten ausdrücklich ausgesprochen:

„Stets haben sie (Deutschland und seine Verbündeten) an der Ueberzeugung festgehalten, daß ihre eigenen Rechte und begründeten Ansprüche in keinem Widerspruch zu den Rechten der anderen Nationen stehen. Sie gehen nicht darauf aus, ihre Gegner zu erschmettern oder zu vernichten. Gehten von dem Bewußtsein ihrer militärischen und wirtschaftlichen Kraft und bereit, den ihnen aufgezwungenen Kampf willigfalls bis zum äußersten fortzusetzen, gleichfalls aber von dem Wunsche befeuert, weiteres Blutvergießen zu verhindern, schlagen die vier verbündeten Mächte vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten und dem Kampfe ein Ende zu machen. Die Vorschläge, die sie zu diesen Verhandlungen mitbringen und die darauf gerichtet sind, Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker zu fördern, bilden nach ihrer Ueberzeugung eine geeignete Grundlage für die Herstellung eines dauerhaften Friedens.“

Auf dieses Angebot hätten die feindlichen Regierungen zumindest antworten müssen, sie seien bereit, die Vorschläge entgegenzunehmen, um danach ermessen zu können, ob sie geeignet seien, Dasein, Ehre, Entwicklungsfreiheit auch ihrer Völker zu fördern. Das haben auch die meisten ernst zu nehmenden Zeitungen in den neutralen Ländern, selbst eine Anzahl Blätter in den gegen uns kriegführenden Staaten angeregt. Statt dessen erfolgte die Zurückweisung der angebotenen Vorschläge und die Wiederholung ziemlich aller Anschuldigungen und Beleidigungen gegen Deutschland, die wir seit Kriegsbeginn kennen gelernt haben.

Gerade wir gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wissen, daß bei der Einleitung von Verhandlungen zwecks Abschluß eines Kampfes nicht gleich die Weist- und Mindestforderungen beiderseits auf den Markt hinausposaunt werden können. Die endgültige Vereinbarung ist Sache der Einzelberatungen zwischen den beiden Kampfparteien. Das deutsche Friedensangebot gibt zweifellos die Grundlage für die Friedensverhandlungen und kein Mensch

hat das Recht, die Ehrlichkeit dieses Angebots in Zweifel zu ziehen. Das aber tut die Antwortnote der Ententemächte direkt und macht dadurch auch auf neutrale Beurteiler dieses Vorganges den Eindruck, daß unsere Gegner den Frieden einfach nicht wollen, weil sie hoffen, doch noch Deutschland niederwerfen zu können.

Was aus unserem Vaterlande aber dann würde, wenn es sich als Besiegter erklären müßte, davon bietet uns das traurige Schicksal des rücksichtslos bergevölkerten, weil an seiner Neutralität festhaltenden Griechenlands ein Schulbeispiel. Deutschland würde es noch viel schlimmer ergehen, alle gegenteiligen, auf geschichtsunkundige und schwachwütige Beklagensgenossen berechneten Erklärungen sind keinen Pfifferling wert. Nicht nur die nach jahrelangem Inne- und äußeren Kämpfen erreichte politische Einheitlichkeit des Deutschen Reiches, an dessen freier Entwicklung wir Arbeiter das höchste Interesse haben, würde wieder einer traurigen Zerstückelung Platz machen, sondern auch unsere wirtschaftliche Zukunft, die wir uns frei von kapitalistischer Herrschaft gestalten wollen, ginge fürchterlich zu Bruch! Das deutsche Volk würde ein Bettelvolk im schlimmsten Sinne des Wortes.

Klarer wie nie zuvor tritt nunmehr der Charakter dieses Krieges als unseres Verteidigungskrieges hervor. Die feindlichen Kriegsheer wollen den Krieg bis zur Niederlage Deutschlands. Wollten sie einen ehrenhaften Frieden mit uns, so könnten sie ihn ohne Verwagung ihrer nationalen Rechte und ihrer wirtschaftlichen Zukunft haben. Sie können ihn immer noch haben, jederzeit sind die Regierungen der Mittelmächte zum Eintritt in die Friedensverhandlungen bereit. Aber noch wollen die feindlichen Mächte nicht, noch hoffen sie, wenn nicht auf einen entscheidenden Sieg auf dem Schlachtfeld, so doch auf die Zwangnahme des deutschen Volkes durch die strengste Nahrungsmittelabsperrung, durch den Hunger!

Allein dieser barbarische Plan, ein großes Vielmillionenvolk auszuhungern, straft alle Redensarten der im Bunde mit dem Wutzaren kämpfenden „Freiheits- und Kulturbringer“ glatt Lügen und beweist uns genugiam, was ein belagertes Deutschland zu befürchten hat.

Gegen diese gemeine Gefahr muß und wird das ganze deutsche Volk manhaft zusammenstehen. Nun die Regierung unseres Landes sich zu Friedensverhandlungen bereit erklärt, der Kongress der feindlichen Kriegspolitik aber das Angebot zurückgewiesen hat, versteht es gerade die im Kampfe um ihre wirtschaftliche Vesterstellung erprobte gewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft Deutschlands, daß es jetzt nicht heißen kann: zu Kreuze kriechen, sondern nun gilt es, vor dem Feinde tapfer einzustehen. Man stelle sich, zu Hause sich möglichst einrichten, damit auch der völkerrrechtswidrige Hungersplan ausbleiben wird!

Wir sind der festen Ueberzeugung, daß nun auch immer stärker die Arbeiterchaft in den Ländern, deren „Staatsräuber“ das wahnsinnige Blutvergießen noch immer nicht zu Ende bringen wollen, begreifen wird, daß ihr Fleisch und Blut völlig nutzlos geopfert wird. Die Vorgänge auf dem französischen Gewerkschaftsfest Kongreß (siehe: „Internationale Rundschau“), die Arbeiterbewegung in mehreren russischen Großstädten, das zweifelhafte Anwachsen der friedensfreundlichen Bewegung in Italien und Großbritannien zeigen uns, daß jenseits der Schützengrabengrenzen die Vernunft im Vormarsch ist. Sie wird nicht rasch zur Herrschaft kommen, dafür ist der aufgepeitschte Fanatismus zu groß. Aber die Vernunft wird siegen und dann wehe den Schuldigen an dem Menschenmorden!

Schweren Zeiten geht die Menschheit entgegen. Bitterste Sorgen werden in zahlreiche Arbeiterfamilien einziehen um des Reiches Notdurft. Noch sollen wir nicht den Frieden, sondern weiter blutige Schlachten und schwere wirtschaftliche Entbehrungen haben. Seitens der gewerkschaftlichen Organisationsleiter wird alles getan und nichts veräumt werden, was geeignet ist, die wirtschaftlichen Nöte in der Arbeiterchaft nach besten Kräften lindern zu helfen. Von den zuständigen Behörden ist bestimmt zu erwarten, daß sie alles tun für eine gerechte Verteilung der vorhandenen Nahrungsmittel. Dann werden sie, wenn auch knapp, anscheiden bis zur nächsten Ernte. Unterjütigen auch die Werksbesitzer durch angemessene Lohnerhöhungen die notleidenden Arbeiterfamilien, dann werden alle feindlichen Pläne an unserem festen Verteidigungswillen zerfallen.

mit denjenigen Hilfsdienstpflichtigen, die sich zum Dienst in einer Etappe melden, werden an Ort und Stelle besondere Arbeitsverträge abgeschlossen werden, bei denen nach § 8 des Gesetzes zu berücksichtigen ist, daß der vereinbarte Arbeitslohn dem Beschäftigten selbst und den etwa von ihm zu versorgenden Angehörigen ausreichenden Unterhalt ermäßigt. Aber auch dann, wenn der schriftlich Aufgeforderte binnen zwei Wochen keine Beschäftigung, die als Hilfsdienst gilt, herbeigeführt hat, und nunmehr von dem Ausschusse nach § 7 Absatz 3 des Gesetzes einem bestimmten Hilfsdienstbetrieb überwiesen wird, auch dann ist der Vertrag, durch den er die ihm angewiesene Beschäftigung tatsächlich übernimmt, ein freier Arbeits- bezw. Anstellungsvertrag.

Schon bei der Beratung des Hilfsdienstgesetzes im Reichstage und neuerdings wieder im Reichstagsausschuß ist von allen Seiten betont worden, daß Hilfsdienstpflichtige als solche nicht den Militärstrafgesetzen und der Disziplinarverordnung unterworfen sind. Nur dann ist dies anders, wenn sie zum Heeresgefolge (Heeresstroh) nach § 155 des Militärstrafgesetzbuches gehören. Dieser § 155 lautet: „Während eines gegen das Deutsche Reich ausgebrochenen Krieges sind alle Personen, welche sich in irgendeinem Dienst- oder Vertragsverhältnisse bei dem kriegführenden Heere befinden oder sonst sich bei demselben aufhalten oder ihm folgen, den Strafvorschriften dieses Gesetzes, insbesondere den Kriegsgefahren unterworfen.“ Zum Verständnis dieser Vorschrift möge gesagt sein, daß nicht alle Teile des Heeres „Kriegführendes“ Heer sind. Kriegführend sind nur diejenigen Heeresanteile, die unmittelbar zum Kampfe gegen den Feind bestimmt sind. In der Regel werden als „Kriegführend“ die Heeresanteile in den Operations-, Etappen- und Okkupationsgebieten zu betrachten sein, nicht aber die Erhaltungstruppen und die militärischen Verwaltungen in der Heimat.

Entlohnung usw. der Hilfsdienstpflichtigen.

Der Vorstand der Kriegsamtsstelle ersucht um freiwillige Meldung von Hilfsdienstpflichtigen für Schreiber- und Botendienste bei militärischen Behörden, zur Beschäftigung in ausländischen Wirtschaftsbetrieben (Kantinen, Lazaretten usw.).

Es wird zunächst ein vorläufiger Arbeitsvertrag mit vierzehntägiger Kündigung abgeschlossen. Die Hilfsdienstpflichtigen erhalten:

- freie Verpflegung und Unterkunft,
- freie Eisenbahnfahrt zum Bestimmungsort und zurück,
- freie Benutzung der Feldpost,
- freie ärztliche und Lazarettbehandlung,
- militärische Bekleidungs- und Ausrüstungsmittel, falls die Art der Beschäftigung es nötig erscheinen läßt.

Die Höhe des Lohnes oder Gehalts wird nach Arbeitsart und -dauer sowie nach der Leistung festgesetzt; eine auskömmliche Bezahlung wird zugesichert. Im Falle des Bedürfnisses werden außerdem Zulagen gewährt für in der Heimat zu verbleibende Familienangehörige. Die Verjüngung Hilfsdienstpflichtiger, die eine Kriegsdienstbeschädigung erleiden, und ihrer Hinterbliebenen wird nach besonders geregelt.

Die auf Grund dieser Meldungen im Etappen- und Operationsgebiet verwendeten Hilfsdienstpflichtigen rechnen im allgemeinen zum Heeresgefolge und unterliegen den Kriegsgefahren.

Meldungen nimmt die unterzeichnete Kriegsamtsstelle bis zum 10. Januar 1917 entgegen. Es sind beizubringen: Vollzeithlicher Ausweis mit Photographie, etwaige Militärpapiere, Beschäftigungsausweis oder Arbeitspapiere, erforderlichenfalls eine Bescheinigung gemäß § 9 Absatz 1 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst (Abfahrtschein), Angabe, wann der Bewerber die Beschäftigung antreten kann.

Als Arbeitervertreter im Kriegsamtsamt

Ist Kollege A. Schlichte, Vorsitzender des Metallarbeiterverbandes, berufen. Er ist Berater der gleichfalls militärisch organisierten Abteilung im Kriegsamtsamt für Erprobungs- und Arbeitsangelegenheiten. Eine Verbindung des Arbeitervertreter im Kriegsamtsamt mit den Gewerkschaften ist notwendig. Diese Verbindung kann auf zweierlei Weise hergestellt werden: 1. durch den direkten Verkehr mit den Zentralen der Gewerkschaften; 2. durch ein dem Vertreter beigegebenes Vertrauensmänner-Kollegium, das aus Vertretern aller Gewerkschaften besteht. Diese Verbindung mit dem Vertreter recht innig zu gestalten, ist daher die Pflicht der einzelnen Arbeiter- und Angestelltenverbände. Bei der Ueberweisung informierender Materials an den Arbeitervertreter im Kriegsamtsamt muß jedoch dringend gebeten werden, sich auf wirklich informierendes Material zu beschränken, damit er nicht unnötig in Anspruch genommen wird.

Die Adresse unseres Vertreters ist: Alexander Schlichte, Kriegsamtsamt G. D. (Erprobungs- und Arbeits-Department), Berlin NW. 7, Friedrichstraße 7. Im Interesse der Vertretung der Arbeiter liegt es, wenn danach genau verfahren und der Arbeitervertreter im Kriegsamtsamt bei seiner Tätigkeit durch die Arbeiter- und Angestelltenverbände unterstützt wird.

Die künftige Nahrungsmittelversorgung.

Kürzlich hat der Präsident des Kriegsernährungsamts, Herr v. Batocki, an sämtliche Bundesregierungen ein Rundschreiben gerichtet, in dem neue Mittel und Wege zur Organisation der Nahrungsmittelversorgung vorge schlagen werden. Der Herr Präsident gesteht in seinem Schreiben ein, daß das bisherige System der Höchstpreise und der Beschlagnahme nicht die erwarteten Erfolge gebracht hat! Es soll nun das System der frühzeitig abzuwickelnden Bedarfsbestellungen und Erzeugerorganisation abzuschließenden Lieferungsverträge mehr ausgebaut werden. Die Verträge sollen sich ausdehnen auf Frühkartoffeln, Gemüse, Obst, Geflügel, eventuell auch auf Milch. Der Präsident

Vom Hilfsdienstgesetz.

Rechtsstellung der Hilfsdienstpflichtigen.

Die juristische Abteilung des Kriegsamts macht bekannt: Bei der Durchführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst wird zweifellos eine Anzahl von Rechtsfragen auftauchen. Das Kriegsamtsamt ist deshalb mit dem Verband der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftstellen in Verbindung getreten. Der Verband soll über alle Verordnungen, Erlasse, Entschlüsse von allgemeinem Interesse auf dem laufenden gehalten und namentlich über die bei der Rechtsabteilung herrschenden Ansichten über Rechtsfragen unterrichtet werden. Dafür hat der Verband die Verpflichtung übernommen, über seine Wahrnehmungen bei Anwendung des Gesetzes ständig zu berichten. Eine gleiche Verbindung wird mit den Arbeitersekretariaten hergestellt werden. Die Rechtsabteilung wird aber

auch dem deutschen Anwaltsverein zur Verfügung stehen, da selbstverständlich mit einer regen Mithätigkeit der Anwälte bei der Beantwortung der vielen, oft außerordentlich schwierigen Rechtsfragen gerechnet werden muß. Auch jedem anderen, der sich an der Rechtsberatung zu beteiligen imstande ist, soweit dies möglich ist, Auskunft erteilt werden.

Was die Rechtsstellung der Hilfsdienstpflichtigen anbelangt, so ist von vornherein an dem Grundsatz festzuhalten: die Hilfsdienstpflicht steht der Wehrpflicht nicht gleich. Derjenige gibt seine Freiheit nicht auf, der sich freiwillig, sei es auf die allgemeine Aufforderung, sei es auf die besondere an seine Person gerichtete Aufforderung hin zum vaterländischen Hilfsdienste meldet, und alsdann bei einem Hilfsdienstbetriebe Stellung sucht und findet. Er tritt dort in Arbeit auf Grund eines freien, von ihm mit seinem Arbeitgeber abzuschließenden Arbeitsvertrages. Dies gilt auch dann, wenn er in einem staatlichen Betriebe Beschäftigung findet und sein Arbeitgeber der Staat selber ist. Auch

seine eifrigen Freunde und Gönner ein. Minister ist nämlich von Duisburg nach Braunschweig übergesiedelt, hat dort die Redaktion des „Volksfreunds“ übernommen und dieses einst sozialdemokratische Blatt vollständig in das anarcho-syndikalistische Fahrwasser überführt. Nun wirkt er offen und systematisch auf die Spaltung der sozialdemokratischen Partei hin; er hat es fertig gebracht, daß, sogar gegen den Rat ebenfalls überparteilicher Genossen, im Braunschweiger soz. Parteiverein die Beitragsperre beschlossen worden ist. Dazu bemerkt nun das sozialdemokratische Blatt in Solingen, in dessen Redaktion Herr Minister, ehe er nach Duisburg kam, tätig war: „Unserem früheren Redakteur Minister ist in Braunschweig auch ein „Erfolg“ beschieden gewesen. Trotzdem der Vorsitzende, Genosse Sepp Vortier, sich dagegen wehrte, hat unser dortiger Parteiverein die Beitragsperre beschlossen. Minister drückt im Braunschweiger „Volksfreund“ den Artikel der „Arbeiterpolitik“ ab, ist aber so vorsichtig, es nur deshalb zu tun, weil der Artikel „interessant“ ist. Der Artikel behandelt die Beitragsperre. Minister gehörte unserer Partei nicht mehr an und wollte ihr auch nicht mehr angehören. Wir fanden es freierzeitlich „interessant“, daß er trotzdem eine Stelle an einem Parteiblatt annahm und sich in der Redaktionsführung als Parteigenosse ausgab. Seine Freunde am Niederrhein waren von dieser „Eigenschaft“ Ministers nicht gerade erheitert. Durch seine Zugehörigkeit zum Braunschweiger Parteiverein ist der Mangel ja wieder behoben, ob ein solches Verhalten aber gerade imponierend ist, werden nicht viele Leute bejahen.“

Diese Enthüllung ist sehr interessant. Also der brave Herr Minister zählte schon seine Parteiverträge mehr, als er noch Redakteur eines sozialdemokratischen Parteiblattes war, in Parteiverfassungen, Redaktionskonferenzen usw. das große Wort führte! Er nahm alle Rechte eines Vollmitglied in Anspruch, zahlte aber keine Mitgliedsbeiträge und hat wohl deshalb, um nicht allein als nichtbeitragendes Mitglied zu wirken, für die allgemeine Beitragsperre agitiert. Er hat im Braunschweiger „Volksfreund“ dann auch einen Artikel gebracht, der die Stimmung für die Beitragsperre in den Gewerkschaften machte! Seine Verhörungsfrist wendet sich also auch gegen die gewerkschaftlichen Organisationen. Das beweist hinlänglich, wie richtig wir den Herrn Minister eingeschätzt haben. Als damals mit dem Herrn in Duisburg Kurzschnitz gemacht werden mußte und unser Kamerad Polokan, der bis dahin im Düsseldorf Pressenbureau tätig war, anstelle Ministers die Redaktion der Duisburger „Arbeiterzeitung“ übernahm, da war Polokan deswegen heftigen Angriffen aus feindseliger Leute ausgesetzt, die damals schon wußten — das Solinger Blatt sagt es uns nun! —, daß Minister keine Beiträge zahlte, infolgedessen gar nicht mehr berechtigt war, ein Blatt zu leiten für eine Partei, für die er keine Beiträge zahlte! Herr Minister soll ja nicht der einzige „Volkswecker“ gewesen sein, der seine Mitgliedsbeiträge zahlte, aber doch unentgeltlich die Rechte eines Vollmitglied in Anspruch nahm. Aber das einschätzte den Herrn Minister nicht. Jetzt ist durch das Solinger Blatt enthüllt, welches merkwürdige Gemütsbild der brave Mann schon war, als er sich noch talfröhlicher Ökonomie als ein Arbeiterverein erlaubte. Wir haben die Gemütsbildung, irrtümlich genug gegen das anarcho-syndikalistische Verhörungsreiben des Mannes freudig gemacht zu haben und wir werden es gegen jeden tun, der es als seine „ideale“ Aufgabe betrachtet, die Arbeiterorganisationen zu untergraben, indem er den Disziplinbruch als eine „revolutionäre Tat“ empfiehlt. Was die Arbeiterschaft gerade jetzt nötig hat, das ist Einigkeit, nochmals Einigkeit und abermals Einigkeit!

Protokollierende katholische Arbeitervereine.

Sehr beachtenswerte Differenzen sind in dem bayerischen Landtagswahlkreis Ingolstadt wegen der Kandidatenaufstellung zum Landtag entstanden. Von den zur Zentrumspartei gehörenden katholischen Arbeitern in der Eisenbahnarbeiter Schürer vorgeschlagen werden, die Zentrumspartei nicht aber der Vizepräsident und Sozial Arbeiter ausgeschieden. Dagegen haben die katholischen Arbeitervereine selbst protestiert und sich berufen auf ein Verbot der Zentrumspartei, bei vorkommenden Parlamentskandidaturen einen Arbeiterkandidaten anzunehmen. Eine Konferenz des Bezirksverbandes katholischer Arbeitervereine Münchens am 20. Dezbr. 1916 eine Entschliessung an, in welcher ausgesprochen ist:

Die Bezirkskonferenz bedauert lebhaft, daß die Wünsche der katholischen Arbeiterschaft nach einer größeren parlamentarischen Vertretung innerhalb der Zentrumspartei nicht die wiederholt versprochene Erfüllung erlangt haben, und daß insbesondere bei der Landtagswahl im Wahlkreis Ingolstadt, in dem sich ein großer Prozentsatz von Arbeiterwählern der Zentrumspartei befindet, der vorgeschlagene Kandidat aus dem Arbeiterstand keine Berücksichtigung gefunden hat. Sie findet daher das Vorgehen der Kollegen im Wahlkreis Ingolstadt für sehr bedauerlich und erklärt sich mit denselben solidarisch. Um ihren politischen Einfluß zur Geltung zu bringen, fordert die katholische Arbeiterschaft eine den einzelnen Ständen entsprechende Vertretung in den Organisationen der Vertrauensmänner der Zentrumspartei und eine baldige Abänderung des Parteistatut, dahingehend, daß der Landesparteileitung ein Mitbestimmungsrecht bei Aufstellung der Kandidaten, vor allem in zweimännigen Wahlkreisen, gegeben werde, damit nur solche Kandidaten aufgestellt werden, die sich seit Jahren als Mitglieder der Partei öffentlich betätigt haben, und die in der Lage sind, die innerhalb der Zentrumspartei erforderlichen Arbeiten zu leisten. Die Bezirkskonferenz fordert endlich von der Zentrumspartei eine wärmere Vertretung der Interessen der Arbeiterklasse.

Dieser Beschluß der katholischen Arbeitervereine in der bayerischen Landeshauptstadt ist von prinzipieller Bedeutung, weil darin die Forderung der Arbeiter, ihre Klassen- und Berufsinteressen seien mehr als bisher zu berücksichtigen, markant zum Ausdruck gebracht wird. Die katholischen Arbeiter wollen entsprechend ihrer großen Zahl und wirtschaftlichen Bedeutung im Parlament innerhalb der Zentrumspartei stärker zur Geltung kommen. Gegen die bisherige Zurücksetzung erheben die katholischen Arbeiter nun Protest. Im Interesse einer stärkeren Vertretung der Arbeiterschaft in den Parlamenten kann dem Protest ein guter Erfolg gewünscht werden.

Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände.

Der Direktor des Verbandes reisender Kaufleute, Georg Müller, teilt im „Berliner Tageblatt“ mit, die vier großen Verbände der kaufmännischen Angestellten, nämlich der Verband deutscher Handlungsgehilfen, Deutsch-nationaler Handlungsgehilfenverband, Deutscher Verband kaufmännischer Vereine und der Verein deutscher Handlungsgehilfen von 1858, hätten eine neue, festere Arbeitsgemeinschaft abgeschlossen. Sie hätte eine Vorläuferin, die 1912 geschlossen war, und die nun vervollständigt wurde. Ueber die Bedeutung dieses Zusammenschlusses schreibt Müller: „Damit sind nun etwa 600 000 Handelshandlungsgehilfen, der weitaus größte Teil der Gesamtheit, zusammengeschlossen. Ein für die Handlungsgehilfenbewegung nicht immer gerade erquicklicher Zeitabschnitt, in dem es nicht an scharfen Kämpfen fehlte, hat seinen Abschluß gefunden; an die Stelle der Verdrüssung soll fortan die Vereinbarung treten und die Opfer an Zeit, Geld und Kraft, die für den Kampf aufgewendet wurden, sollen friedlicheren Zwecken dienen. Die Wirkung des neuen Abkommens wird sich in der Öffentlichkeit, z. B. bei den Kaufmannsgerichtswahlen zeigen, bei denen sich, wenn eine gemeinsame Liste nicht zustande kommt, die einzelnen Ortsvereine lediglich auf die Empfehlung ihrer Listen, ohne Angriffe auf einen anderen Verband, zu beschränken haben. Vor allen Dingen und an erster Stelle wird sie sich aber erweisen bei der zukünftigen Ständespaltung der kaufmännischen Angestellten, die sowohl für den Übergang vom Krieg zum Frieden, wie auch für die Friedenszeit selbst wichtige Aufgaben zu erfüllen haben wird. Die Gehaltsfrage, der Stellennachweis, die mannigfachen wirtschaftlichen Fragen, die der Krieg jeden Tag neu entwirft, lassen gemeinsame Bildungsvereinigungen, werden, um nur einige Punkte zu nennen, wohl die ersten Arbeitsgebiete sein, mit denen der neue Bund die Notwendigkeit seiner Begründung beweisen und seine Kraft wird dartun können. Anläßlich der Beratungen über den vaterländischen Hilfsdienst hat er schon Gelegenheit gehabt, sich erfolgreich vorzustellen. Diesem wird es Anfangs noch hin und wieder Nebenbingen in der Maschinenwelt geben; sie werden aber bald beiseite sein, denn die neue

Arbeitsgemeinschaft hat sich in allen wesentlichen Punkten die Vertiefung der alten gegeben, die sich dort bemüht hat. Danach behalte die der Vereinigung angehörenden Vereine und Verbände ihre volle Selbständigkeit nach außen und innen. Kommt in irgendeiner Frage einmal kein gemeinsames Vorgehen zustande, so ist jeder Verband berechtigt, seine Anschauung vor den geschiedenen Körperschaften und in der Öffentlichkeit zu vertreten, „aber in sachlicher, nicht feindseliger Form.“

Internationale Rundschau.

Französischer Gewerkschaftskongress für Friedensverhandlungen.

Eine ersteilige Kunde kommt aus Frankreich. Zu gleicher Zeit, wo der sozialdemokratische Parteitag in Paris tagte und eine Resolution beschloß, die mehr im Sinne der Rebände, und Eroberungspolitik gehalten ist, fand dort auch ein Kongress des Allgemeinen französischen Gewerkschaftsbundes (Confederation Generale du Travail) statt. Der Hauptleiter des Bundes, Generalsekretär Jouhaux, hat sich mit seinen engeren Freunden bei Kriegsbeginn bloßlich vom Antimilitaristen und antipatriotischen Anarcho-syndikalisten zu einem Patrioten „entwickelt“, der nicht nur die (selbstverständliche) Pflicht zur Vaterlandsverteidigung bejahet, sondern darüber hinaus nun im nationalen Fahrwasser feststeht. Die Schaffung einer besonderen Gewerkschaftsinternationale unter Ausschluß der deutschen und österreichisch-ungarischen Gewerkschaften eintrat. Allmählich ist aber auch in der französischen Arbeiterschaft der Glaube an die untadelige Engelsenkünd der heimischen Kriegspartei politiker so stark ins Bewusstsein gekommen, daß aus Gewerkschaftskreisen gegen Jouhaux usw. lebhafter protestiert, von ihm eine mehr friedensförderliche Haltung geordert wurde. Auf dem Kongress hatte er sich gegen diese Proteste zu verteidigen, aber hier erlitt er auch er, daß er sich im August 1914 über die wahren Kriegsurachen im Unklaren befunden habe (Jouhaux wird also inzwischen auch eingesehen haben, daß die patriotische Erzählung von der völligen Unschuld der französischen Regierung an dem Weltkrieg ein Märchen ist). Weiter erklärte nun Jouhaux, wenn die schweizerischen Gewerkschaften einen internationalen Gewerkschaftskongress einberufen, so würde er (Jouhaux) der Einladung folgen, um auch mit den deutschen Gewerkschaften über die Friedensfrage zu sprechen! Der Metallarbeitersekretär Merheim, der schon immer gegen die Kriegspropaganda wirkte, schiederte das Kriegsgeld in Frankreich und erklärte, je länger der Krieg dauere, desto mehr werde Frankreich leiden, ohne daß Zeitstand bestünde. Es müsse ein Frieden durch Verständigung geschlossen werden. Le Guery, Redakteur des gewerkschaftlichen Zentralblattes „L'Avance“, sagte, es müsse von der Regierung geordert werden, daß sie ihre Kriegsziele bekannt gebe. „Wir wollen keinen Krieg gegen den Krieg und sind es heute noch. Wir wollen den Frieden ohne Annexionen!“ Der Leiter des Vorkriegsverbandes, Auler, vor dem Krieg ein scharfer Gegner der anarcho-syndikalistischen Agitation, erklärte: „Ich war Anhänger der Rebände. Aber angesichts der Entwicklung des Militarismus, angesichts der Majestätsbeleidigung habe ich diesen Gedanken aufgegeben. Ich denke, daß unsere revolutionären Gewerkschaftsführer zu handeln, wie sie es getan haben, weil sie sahen, daß Frankreich einem Angriff ausgesetzt war. Aber sie hätten schon früher gegen die Eroberungspolitik in den Kolonien auftreten sollen, die vielleicht eine der Ursachen des gegenwärtigen Krieges sind.“ Nach weiterer Debatte sagte der Kongress einstimmig folgenden Beschluß:

Wir nehmen Kenntnis von der Note des Präsidenten der Vereinigten Staaten, die die kriegsführenden Nationen einladet, die Verhandlungen bekanntzugeben, unter denen der Krieg ein Ende nehmen könnte. Wir verlangen von der französischen Regierung, die Note im günstigsten Sinne zu beantworten und gleichzeitig die Initiative zu ergreifen, bei ihren Verbänden im gleichen Sinne zu wirken, um die Stunde des Friedens zu beschleunigen. Wir erklären, daß der Bund der Nationen, der eine der Sicherungen eines unbefriedigten Friedens ist, nur zustande kommen kann, wenn die Unabhängigkeit, die Gebietsunverletzlichkeit und die politische und wirtschaftliche Freiheit aller Nationen, der großen wie der kleinen, gesichert sind. Die auf dieser Konferenz vertretenen Organisationen verpflichten sich, diese Idee zu unterstützen und sie unter den Arbeitern zu verbreiten, um der unsicheren und zweideutigen Lage, die nur der geheimen Diplomatie nützt und gegen die sich die ganze Arbeiterklasse erhebt, ein Ende zu machen.

In diesem Beschluß dokumentiert sich ein Fortschreiten der Vernunft, was im Interesse der leidenden Menschheit nicht freudig genug begrüßt werden kann. Diese französischen Gewerkschaftsvertreter wenden sich gegen Annexionen, gegen die politische und wirtschaftliche Vernichtung des sogenannten „Erbfeindes“ und fordern von der Regierung ihres Landes die Welterneuerung des Friedensschlusses. Damit haben sich diese französischen Gewerkschaftsvertreter endlich auf den prinzipiellen Standpunkt gestellt, den die deutschen Gewerkschaften seit Kriegsbeginn eingenommen haben.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Zeche Gwalb (Wetterhacht). Hier blüht das Strafwesen und es werden Strafen in solcher Höhe wegen geringfügiger Vergehen verhängt, daß es gut wäre, das Bergamt sähe hier einmal nach dem Recht. Man muß doch schließlich eine Grenze für die Höhe der Strafe finden, wenn es sich auch um das berüchtigte „Mindermaß“ der Förderwagen oder um unreine Ladung handelt. Der Holzsmangel ist chronisch und muß vielfach Holz vom Schacht geholt werden, häufig genug klettert man damit den Stempel heraus! Die Lampen sind in schlechtem Zustande. Viel geflagt ist worden über die Einziehung des Geldes für gekaufte Kartoffeln und Mähen. Statt den Bergleuten eine längere Frist zum Abzahlen zu geben, ging der Abzug in ein und zwei Raten vor sich. So kam es, daß Bergleute zu Weisnachten fast ohne Geld dastanden.

Zeche Oberhausen. Die Gutehoffnungshütte hat den Arbeitern für Weihnachtstage eine Feuerungszulage von 20 Mark gewährt, was die Arbeiter auch dankbar anerkannt hat. Leider wurde davon ein großer Teil der Arbeiter ausgegeschlossen, weil sie im Oktober einen Tag nicht gearbeitet haben sollen. Die Ursache hierzu war ein Streik, der infolge der mangelhaften Lebensmittelverteilung auf Schacht III ausgedröhen war. Hier klappte es nicht, während auf den anderen Betrieben der Gutehoffnungshütte es mit der Verteilung besser war. Die Arbeiter dafür zu strafen, was doch nur die Verteilung verschuldet haben konnte, ist doch etwas stark. Wir erjuchen darum, den Arbeitern, die das Geld nicht bekommen haben, nachträglich entgegenzukommen.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Grube Ver. Bille. In der Kantine „Rindgen“ haben am zweiten Weihnachtstage eine Anzahl Arbeiter, weil sie nicht gearbeitet haben, kein Essen erhalten. Es handelt sich um Arbeiter, die aus religiösen Gründen der Arbeit ferngeblieben waren und um solche Arbeiter, die bezüglich des Essens so schon knapp genug gehalten werden. Wir müssen hier leider von einer Schilberung von Einzelheiten absehen, möchten aber die Belegschaft der Grube dringend erjuchen, sich der Organisation anzuschließen, damit die Zustände, wie sie sich auf dem Werk entwickeln haben, beseitigt werden.

Rönigreich Samlen.

Grube Dora und Pelene (Großhöfen v. Lobstädt). Hier auf dem Werk hat es schon zweimal Fische gegeben. Bekannt gemacht wurde, daß diese Fische von 12 bis 1 Uhr ausgegeben würden, aber 5 Minuten vor 12 Uhr war schon alles weg. Die höheren Beamten hatten gleich vier Dientmädchen hergeschickt und was die nicht weggeholt, schnappten die übrigen Beamten. Für die Arbeiter blieb natürlich nichts übrig.

Wir und die „Wirtschaftsfriedlichen“.

Wir sind für Leute, die sich nicht aufeinanderbeziehen müssen, das heißt der Kampf, den die sogenannten Wirtschaftsfriedlichen gegen uns führen. Veranlaßt durch deren Bestreben, die Arbeitervertretungen in den Aufsüssen, soweit sie das Hilfsdienstgesetz vorlieht, mit zu besetzen, haben wir und die übrigen Arbeitergewerkschaften die Schärfe und Unmöglichkeit einer solchen Arbeitervertretung nachgewiesen. In einer Reihe von Konferenzen haben die Vertreter aller Gewerkschaftsrichtungen, also auch der nationalen und christlichen, sich gegen die Zulassung der Wirtschaftsfriedlichen zu den sozialpolitischen Arbeiterämtern ausgesprochen, selbst die konfessionellen Organisationen, denen doch gewiß kein Mensch den wirtschaftlichen Klassenkampfcharakter nachsehen kann, haben sich mit Händen und Füßen gegen die sozialpolitische Gleichstellung der Wirtschaftsfriedlichen mit den übrigen Arbeiterverbänden gewehrt. Diese Haltung der Arbeiterschaft Deutschlands — das ist jener Teil der Arbeiterschaft, der über Sonderinteressen hinaus Gemeininteressen in sich aufgenommen hat und pflegt — sollte den Wirtschaftsfriedlichen doch ernstlich zu denken geben. So groß wie die Gegenjäre der verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationsrichtungen sind, so gibt es doch Fragen, wie es das Hilfsdienstgesetz zeigt, wo trotz aller Gegenjählichkeit alle Arbeiterverbände zusammengehen. Aber alle die Verbände sind einzig in dem Gedanken, mit den Wirtschaftsfriedlichen in kein Gegenständigkeitsverhältnis einzutreten. Und denken nur Arbeiter? Nein, unsere glänzenden Vertreter der Wissenschaft, soweit sie sich mit Arbeiterfragen und der Arbeiterbewegung beschäftigen, raten den deutschen Arbeitern, mit den Wirtschaftsfriedlichen keinen Pakt zu schließen, raten den Gewerkschaften, die Wirtschaftsfriedlichen als gefährliche Gegner der Arbeiterfrage zu betrachten. Wir erinnern nur an einige Namen: an Professor Lujo Brentano, an den bekannten Sozialreformer Dr. Zimmermann, an Professor Alfred Weber, die die deutsche Arbeiterschaft entschieden vor den Wirtschaftsfriedlichen gewarnt haben. Und wer zweifelt an der ehrliehen vaterländischen Gesinnung des ehemaligen Staatsministers Freiherr v. Werle, der am eigentlichen Ursprung einer Sache erinnernden Namen der Wirtschaftsfriedlichen Anstöß nahm und der sie nicht in eine Reihe mit den Arbeitergewerkschaften gestellt wissen wollte. Und Friedrich Naumann, auf dessen Urteil doch auch etwas zu geben ist, wie hat er die Wirtschaftsfriedlichen charakterisiert?

So könnten wir die Namen fortsetzen, von Wissenschaftlern, hohen Staatsbeamten, bekannten Politikern, die sich alle gegen die von sozialpolitisch rüchständigen Unternehmern und Schatzmachern ins Leben gerufenen und von diesen abhängigen und unterhaltenen wirtschaftsfriedlichen Vereine mit oft sehr drastisch-käuflichen Worten gewendet haben. Hätten wir nicht den Krieg, wie würden eine Mäntelung von diesen Kritiken hierhersehen. Und die Unternehmer? Es ist bekannt, daß sich unter ihnen Tausende befinden, die mit den Wirtschaftsfriedlichen nichts zu tun haben wollen. Und was die Direktoren dieser Organisationsgebilde selbst anbelangt, wie stellen diese sich zu der Forderung der Wirtschaftsfriedlichen? Sie wählen diese selbst als ihre Vertreter auch nicht, denken nicht im Traum daran, nur würde es sie natürlich, daß sich Arbeiter finden, die diese Schillinge der Schatzmacher in die sozialpolitischen Arbeiterämter wählen, weil sie wissen, daß dann die Unternehmer gegen die Arbeiterinteressen gut gewahrt sind. Freunde und Helfer der Wirtschaftsfriedlichen sind allein jene Unternehmer, die, wie der verlorrene Alexander Tille, die Menschenrechte der Arbeiter sich für die Lumpenstammer denken. Ist es da ein Wunder, wenn Millionen Arbeiter die Gefahren für sich erkennen und sich dagegen wehren, mit den Wirtschaftsfriedlichen auf eine Stufe gestellt zu werden oder mit ihnen zusammenzuarbeiten, darüber braucht sich kein Mensch zu wundern. Und aber, die ihre Symphonien für diese Organisationsgebilde zum Ausdruck bringen, sei hier gesagt, daß es mit dem Wirtschaftsfriedlichen in unserem Juditriedgesetz vorbe wäre, wenn z. B. die Bergleute nach deren „Wirtschaftsfriedlichen“ Maximen behandelt würden. Das haben die verschiedenen Streiks auf einer Anzahl Stellen bewiesen, wo die Wirtschaftsfriedlichen eine Rolle spielten. Wir erinnern nur an die Ausstände auf Zellverein und Reutels, wo sie die hauptsächlichste Verantwortung für die Streiks mit getragen sind. Gälte man, wie hier und auf anderen Stellen, die Wirtschaftsfriedlichen nach ihrem System ruhig weiter arbeiten lassen, wäre im Ruhrrevier schon längst der Generalstreik ausgebrochen. Das ist, was wir ihnen und ihren Ökonomie offen sagen wollen.

Nach etwas, was uns direkt angeht. Unsere Kritiken und Stellungnahmen gefallen den führenden Organen der Wirtschaftsfriedlichen nicht. Da sie uns aber nicht widerlegen können, laufen sie zu den Höflichen hin, um diese gegen uns und gegen ihre sonstigen Kritiker scharf zu machen. Sie klammern sich dabei an die hier und da auch von uns widergegebenen Bemerkungen über sie, die aber nur die Sache selbst kennzeichnen sollten. Man kann uns wirklich glauben, daß wir uns nur gezwungen und mit Widerwillen mit den Wirtschaftsfriedlichen abgeben, einer Polemik mit ihnen gingen wir am liebsten ganz aus dem Wege. Was sollen wir aber tun, wenn Organe derselben, wie der in Essen erscheinende „Werkverein“, die „Sächsisch-Thüringische Arbeiterzeitung“ und andere Wege für Wege über die sogenannten „Streikgewerkschaften“, worunter auch unser Verband gemeint ist, herfallen und wenn wir antworten, sie dann die Behörden anrufen, sich gegen uns zu wenden. Und sobald sie uns denunziert haben, sich erneut hinsetzen und uns mit allerhand unwahren Redensarten angreifen. Man sehe sich das Essener Organ der Wirtschaftsfriedlichen vom 6. Januar an, wie hier die ecklich um die Arbeiterinteressen sich bemühen Organisationen fortgesetzt als „Streikgewerkschaften“ denunziert werden, wie ihnen „Selbstsucht“ vorgeworfen und gesagt wird, daß sie ihre „Haltung in der Frage der Landesverteidigung nur durch Aufstand mit der Regierung festgelegt“ hätten. Den Gewerkschaften, so lesen wir weiter, sei die Landesverteidigung eigentlich schnuppe, es läme ihnen nur auf die Durchsetzung ihrer parteipolitischen und gewerkschaftlichen Sonderziele an. Dann sagt das Blatt, wir hätten die Schwierigkeiten in der Nachkriegsmittelversorgung, die mit „durch die verheerenden Raubzüge und der heroischen Tätigkeit des Kriegsausstufes für Konsumgüterinteressen verursacht“ sind, zu „Arbeitsstörungen“ mißbraucht, ein Vorwurf, den wir im Ruhrrevier nur den Wirtschaftsfriedlichen allerdings mit Recht machen können. Von den Führern der „Streikgewerkschaften“ wird gesagt, daß sie nur an die Befriedigung ihrer Nachgehülte“ denken und den Einfluß, den ihnen die Regierung eingeräumt hat, dazu benutzen, die „Produktion zu stören“ und das „Vollsganze zu lähmigen“. Wir arbeiten auch auf die wirtschaftliche Niederlage Deutschlands nach dem Kriege hin“. So, das sind Blüten aus einem einzigen Artikel gegen uns; das schreiben Leute, die um Schutz der Behörden nachsehen, wenn wir sie als das hingestellt haben, was sie sind. Da fällt es einem wirklich schwer, an sich zu halten. Wir tun es aber auch heute, wir wollen, wie früher, auf eine Ergegung gegen die im gelben Organ vorgebrachten Verleumdungen gegen uns verzichten — sie sprechen für sich selbst —, wir wollen uns auch frei halten von der Art Beurtelung dieser Organisationsgebilde, wie sie ein Barnhold, ein Pfarrer Kroll, ein Amtsrichter Herz, ein Unternehmer Eckloff und Dünkende anders zum Besten gegeben haben, denn dann könnte man die Aufregung und die Feindschaftsucht der so Gefennzeichneten verstehen. So aber...

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Stellungnahme zum Hilfsdienstgesetz.

Die Vertrauensleute (Zahlstellenleiter) unseres Verbandes im Revier Dortmund traten am 25. Dezember in einer Konferenz zusammen, um Stellung zu der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes zu nehmen. Kamerad Stühmeyer referierte über die Entstehung und Bestimmung des Gesetzes, Bezirksleiter Kamerad Vortels ergangte das Referat. Nach dem Referat erklärten sich in sehr sachlich geführter Debatte die Konferenzteilnehmer zwar mit der Annahme des Gesetzes einverstanden, sprachen sich aber auch dahin aus, daß die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft tatkräftig bei der Durchführung des Gesetzes mitarbeiten müsse, wenn es gemeinnützig wirken sollte. — Am gleichen Tage fand eine Konferenz

